



Kritik an EU-Subventionen bei Standortverlagerungen – für faire Industriepolitik in Europa

Ausgangslage

Immer mehr Unternehmen verlagern Produktions- und Entwicklungsstandorte aus Deutschland in andere EU-Mitgliedsstaaten – insbesondere nach Polen, Ungarn oder Rumänien. Diese Verlagerungen erfolgen häufig unter Nutzung von EU-Fördermitteln, obwohl sie mit Arbeitsplatzverlusten und strukturellen Nachteilen für die Herkunftsregionen verbunden sind. Auch in Bayern sind prominente Fälle bekannt. Diese Entwicklungen zeigen, dass selbst wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen mit starker regionaler Verankerung zunehmend auf Standortverlagerungen setzen – oft unter Nutzung öffentlicher Fördermittel. Für die betroffenen Regionen bedeutet das nicht nur Unsicherheit und Arbeitsplatzabbau für die Beschäftigten, sondern auch sinkende kommunale Einnahmen, den Verlust von Wertschöpfung und eine Schwächung der Infrastruktur – mit gravierenden Folgen für die Menschen vor Ort, denen langfristig industrielle Entwicklungsperspektiven entzogen werden.

Unsere Kritik

Die IG Metall Bayern kritisiert diese Praxis aus mehreren Gründen:

1. Subventionierter Arbeitsplatzabbau

Es ist nicht hinnehmbar, dass Unternehmen, die profitable Standorte in Deutschland schließen, gleichzeitig EU-Subventionen für neue Standorte im Ausland erhalten. Diese Förderpraxis fördert indirekt Lohndumping und sozialen Wettbewerb innerhalb der EU.

2. Fehlende soziale Bindung von Fördermitteln

EU-Fördermittel müssen an soziale, tarifliche und arbeitsrechtliche Standards gebunden sein. Unternehmen, die öffentliche Gelder erhalten, müssen sich zur Einhaltung von Mitbestimmung und Tarifbindung verpflichten.

3. Intransparente Vergabeprozesse

Betriebsräte und Gewerkschaften werden nicht ausreichend informiert oder beteiligt, wenn Unternehmen Subventionen beantragen. Es braucht eine Pflicht zur frühzeitigen Anhörung der Arbeitnehmervertretungen.



4. **Verlust industrieller Wertschöpfung**

Die Verlagerung von Schlüsselindustrien gefährdet die industrielle Basis in Bayern und schwächt die Innovationskraft der Region. Eine nachhaltige Industriepolitik muss regionale Wertschöpfung sichern und fördern.

5. **Gefährdung der europäischen Idee**

Ein derartiges Vorgehen schwächt die Akzeptanz der europäischen Idee in der Bevölkerung. Wenn EU-Gelder als Instrument zur Standortverlagerung und zum Arbeitsplatzabbau wahrgenommen werden, fördert das die Entfremdung gegenüber Europa und stärkt populistische und europafeindliche Kräfte.

Unsere Forderungen

1. **Reform der EU-Förderpolitik:** Subventionen dürfen nicht zur Finanzierung von Standortverlagerungen genutzt werden, die mit Arbeitsplatzabbau verbunden sind.
2. **Transparenz und Beteiligung:** Betriebsräte und Gewerkschaften müssen bei Förderentscheidungen einbezogen werden.
3. **Bindung an soziale Standards:** EU-Gelder dürfen nur an Unternehmen gehen, die Tarifverträge respektieren und Mitbestimmung ermöglichen.
4. **Stärkung regionaler Industriepolitik:** Bayern braucht gezielte Förderprogramme, um industrielle Arbeitsplätze zu sichern und zukunftsfähig zu machen.

Schlussfolgerung

Die IG Metall Bayern setzt sich für eine gerechte und solidarische Industriepolitik in Europa ein. Standortverlagerungen dürfen nicht durch öffentliche Gelder belohnt werden, wenn sie auf Kosten der Beschäftigten und der sozialen Stabilität erfolgen. Wir fordern eine EU-Förderpolitik, die soziale Verantwortung, Mitbestimmung und regionale Entwicklung in den Mittelpunkt stellt – und damit auch die Akzeptanz Europas stärkt.